**Bodenseekreis: Es war wieder einmal mehr als ein Jahrestreffen.**

Uhldingen - Mühlhofen – 01. Dezember 2018 - Peter Groß

Den Volksparteien kommt das Volk abhanden. Die Lösung gesellschaftlicher Fragen kommt aus Bürgervereinigungen wie dem Forum Langenargen, Bürger für Überlingen oder auch dem Gastgeber Uhldingen-Mühlhofen e.V., der seine Jahresversammlung erneut nutzte, um für drängende Fragen der Region Lösungsmöglichkeiten anzubieten. Die öffentliche Veranstaltung mit einem beachtenswerten Sachvortrag zum Thema elektronische Meldung ließ für den Gastgeberverein das solidarische Handeln für weniger Belastung durch Bürokratie, einen besseren ÖPNV und im Zusammenhang mit der Alten Schule, Stärkung des ländlichen Raumes, ins Zentrums des Interesses treten.

Es wurde sehr schnell deutlich, dass man im touristisch geprägten Bodenseekreis vom schlechten ÖPNV mehr betroffen ist als angenommen. Die Region erlebt den täglichen Verkehrskollaps und Auszubildende, Berufspendler oder Schüler (meist deren Eltern) zahlen völlig überzogene Preise an den Verkehrsverbund Bodo. Bei einer Jahreskarte für das Gesamtnetz werden nach der jüngsten Preiserhöhung im nächsten Jahr Beträge fällig, die erneut jedes Augenmaß vermissen lassen. Ein Preisvergleich mit der RVF - Regiokarte des Verkehrsverbundes Freiburg (Stadt Freiburg, Landkreise Emmendingen, Breisgau Hochschwarzwald, dem 19 Verkehrsunternehmen angeschlossen sind, zeigt dass bei bodo wenig Rücksicht auf Ausbildungs- oder Berufspendler genommen wird und man eher von Opfern als von Fahrgästen des ÖPNV im Bodenseekreis sprechen sollte. Verspätungen, Zugausfälle und verdreckte Bahnen lassen Bürger schnell zornig werden. Wenn auch noch Touristen, meist mit Fahrrädern und EBC – Gratiskarte, in den Zug drängen, ist es vorbei mit Gastfreundschaft, denn es macht im Kopf schon einen Unterschied, ob man für die Tageskarte 15,90 Euro bezahlt, 75 Cent Touristen, oder ca. 3,80 Euro zuzüglich 16 Euro monatlich für die Fahrradmitnahme, wenn die Fahrzeit nach 6:00 Uhr bis 9:00 Uhr morgens liegt ( Ausbildungsverkehr und Berufspendler). Beim Freiburger Verkehrsverbund kostet die Regiokarte übrigens nur 600 Euro jährlich und bietet Fahrgastrechte, von denen man im Bodenseekreis nur träumen kann.

Ich empfinde es als Verhöhnung, wenn der DB – Regionalleiter David Weltzien sich zum wiederholten Mal entschuldigt, weil die Bahn zu wenig Kapazität zur Verfügung stellte: „Wenn wir zwei Fahrzeuge versprochen haben, müssen wir diese zwei Fahrzeuge auch bringen“. Zur Erinnerung, wenn Schwarzfahrer das erhöhte Beförderungsentgelt von 60 Euro nicht bezahlen können, zerrt man sie vor Gericht und sie müssen ins Gefängnis.

Warum gibt es keine Gleichbehandlung, dass wenn die Bahn eine bezahlte Leistung vorenthält, einen ebenso hohen Betrag an den Fahrgast entrichten muss, der neben dem Verdienstausfall durch Verspätung auch weitere Nachteile erleidet. Schlechtere Beurteilung durch Vorgesetzte, schlechteres soziales Ansehen beim Arbeitgeber und den Kollegen oder auch deutliche Nachteile im sozialen Miteinander, ob es das Familienleben betrifft, eine ehrenamtliche Tätigkeit oder eine Vereinsmitgliedschaft.

Die allgemein vertretbare Fahrzeit für Pendler sollte 45 Minuten nicht übersteigen, wenn durch Verspätungen oder allein aufgrund der Furcht vor Verspätungen die Fahrt- und Wartezeiten oft auf bis zwei Stunden steigen, hat die Bahn durch fehlende Warteräume prächtige Einnahmen aus der Verpachtung von Verkaufsflächen an Backshops oder Läden für den Verkauf von Reisebedarf zu völlig überhöhten Preisen. Die Zahlen sind skandalös, lassen vermuten, dass sich besonders die DB und die Verkehrsverbünde auf dem Rücken ihrer Fahrgäste ungerechtfertigt bereichern. Dazu kommt, dass die völlig überzogene Zahl von Verkehrsverbünden, in Baden – Württemberg sind es wohl 22, deutlich höhere Kosten verursachen als im Rest der Republik. Die Zahl wird für die restlichen fünfzehn Bundesländer mit 20 Verkehrsverbünden angegeben. Der bodo Geschäftsführer Löffler betonte, dass Fahrgäste hohe Preise durchaus akzeptieren, er hätte wegen hoher Fahrpreise noch keine Beschwerden erhalten. Und er sieht sich, wie es scheint, nur in der Verantwortung, Beschwerden wegen Verspätungen weiterzuleiten.

Der Sachvortrag von Herbert Maerz stellte die Gefahren und Mängel der elektronischen Meldepflicht in den Mittelpunkt seines Vortrags die, man kann es wohl so sehen, nicht nur einen hohen bürokratischen Aufwand für Gastgeber bedeutet, sondern in vielen Punkten gegen Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung verstößt. In der Folge verzichten viele Gemeinden auf diese als Zwangsmaßnahme empfundene Verpflichtung.

Im besonderen Fokus des öffentlichen Interesses stand auch das Alte Schul-/Rathaus in Unteruhldingen. Nicht nur, dass es wesentliche Möglichkeiten für Wohnraum, eine gesicherte Grundversorgung, zukunftsweisende Arbeitsplätze und die Kommunikation mit touristischen Gästen verbessern könnte, es bietet Gelegenheit als Einnahmequelle der Gemeinde einen dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg zu sichern und an diesem Ortsbild prägenden Platz, die Gestaltungsmöglichkeiten für einen touristisch attraktiven Ort zu erhalten. Der Gemeinde ist durch „wilde“, ungezügelte Zersiedelung schwerer Schaden zugefügt worden. So wurde die Deutsche Fachwerkstraße zur Flachdach – Chaussee, die inzwischen Touristen nach Meersburg oder Überlingen weiterfahren lässt. Ein Hausverkauf ist besonders aus ökonomischen Gründen der größte Unsinn, denn mit Hilfe zahlreicher Öffentlicher Fördertöpfe könnte sich die Gemeinde die vermeintlich notwendigen Sanierungskosten sparen. Nur der Bürgermeister spricht von zwei Millionen, bei einem Grundstückswert, den er mit einer Million angibt. Sinnvoll wäre das Ensemble, (Marktwert ca. 2 Mio.) als Gemeindevermögen im Bestand zu halten und dauerhaft zusätzliche Einnahmen aus Mieten und Pacht zu erwirtschaften, die zwischen 150.000 und 200.000 Euro jährlich liegen könnten. Hinzu kommt, dass wesentliche Einsparungen bei der Tourist Information zur Refinanzierung möglich sind. Sie nimmt wesentliche Aufgaben nicht wahr und sollte mindestens auf die Hälfte des Zuschusses der Gemeinde, im Wirtschaftsplan mit 640.000 Euro angegeben, verzichten. Die TI muss den Anteil ihrer Eigenmittel auf weit über 50 Prozent erhöhen. Das ist möglich durch private Sponsoren und ein vorbildliches, attraktives Dienstleistungsangebot. Es ist schon bedenkenswert, dass die Umsatzerlöse aus den WC – Gebühren für das öffentliche WC in Höhe von 18.000 Euro gerade einmal 1.000 Euro unter den Einnahmen aus Verkauf liegen (Erfolgsplan Ansatz 2018). Da gibt es sicher noch mehr Merkwürdigkeiten zu entdecken, betrachtet man die Bewirtschaftungskosten, besonders Reinigungskosten für den TI – Gebäudeanteil (unter 80 Quadratmeter) und das öffentliche WC, die allein 45.700 Euro an den Mehrkosten ausmachen.

Bedenkenswert ist, dass „kleine“ Vereine oder Gemeinschaften wohl nie die Möglichkeit haben, den Gemeinde eigenen Welterbebau zu nutzen, in dem neben der Tourist Info, der Fotoclub sein Domizil hat und der sonst überwiegend, fast ganzjährig leer steht. Für kulturelle Veranstaltungen ortsansässiger Vereine beträgt das reduzierte Entgelt stolze 476,00 Euro (brutto) zuzügliche verschiedener Nebenkosten. Eine Bewirtung muss zusätzlich selbst organisiert werden. Allein die um 200 Euro höhere Miete für kommerzielle Veranstalter lässt, auch wegen hoher Nebenkosten und dem Umstand, dass die Bewirtung selbst organisiert werden muss, eine Veranstaltung zu einem Risiko oder möglicherweise zu einem „Freundschaftsdienst“ für den Bürgermeister werden.

So kam es denn, dass der Gastgeber Uhldingen-Mühlhofen e.V. wieder einmal die gepflegte Umgebung der Gasträume eines Hotels vorzog, das mit dem Namenszusatz „Die Seele des Bodensees“ wirbt und in dem die sach- und fachkundigen Mitglieder des Vereins sich durchaus wohl fühlten.

An diesem Abend gab es den Moment stillen Gedenkens an zwei hoch geschätzte Mitglieder und uneigennützige Förderer ebenso, wie die Entlastung und Wiederwahl des gesamten Vorstands, Kassenwart und der Beisitzer, die in der zweiten Amtszeit erneut allen Mitgliedern kraftvoll, lebensfroh und vorbildhaft voranschreiten – wie auch eine mit Fachwissen begleitete, humorvolle Fortbildung des Wahlleiters zu Beginn der Sitzung. Die zeigte, dass man auch auf dem Gebiet effektiver Bildungsmaßnahmen ebenso erfolgreich ist, wie bei der Wissensvermittlung für Gemeinderäte und Bürgermeister.